

## ***Tribüne***

### **Schuldenbekämpfung bringt mehr als Entwicklungshilfe**

In Frühling dieses Jahres wurde Griechenland von einer Schuldenkrise sondergleichen erschüttert. Sie hat deutlich gemacht, in welchem Masse angehäuften Staatsschulden die Stabilität und die Entwicklung eines Landes beeinträchtigen können – ein Phänomen, mit dem viele Entwicklungsländer seit Jahrzehnten kämpfen. Tatsächlich übersteigen die Ausgaben der Entwicklungsländer für ihre Schuldendienste an reiche Länder und internationale Finanzinstitutionen ihre eigenen Sozialausgaben bei Weitem. So gab etwa Ecuador im Jahr 2000 rund 25 Prozent des nationalen Haushaltsbudgets, mehr als eine Milliarde US-Dollar, für die Abzahlung von Schuldzinsen aus. Dies, während über die Hälfte der Bevölkerung unter der Armutsgrenze lebte.

Bei vielen Schulden, die Entwicklungsländer bei Drittstaaten oder internationalen Geldgebern haben, handelt es sich jedoch um so genannte illegitime Schulden bzw. „odious debts“ (fragwürdige, verabscheuungswürdige Schulden). Das Konzept der illegitimen Schulden wurde in den 1920er Jahren erstmals durch den russischen Völkerrechtler Alexander Nahum Sacks entwickelt, der sich mit den Schulden von Nachfolgeregierungen diktatorischer Regimes befasste. Er bezeichnete damit Schulden, die von despotischen Regimes eingegangen und nicht für die Bedürfnisse und Interesse des Staates eingesetzt wurden und die auch nach Wissen der Gläubiger den Bedürfnissen und Interessen der Staaten zuwiderliefen.

#### **Das schwere Erbe despotischer Regime**

Eingang in die breitere öffentliche Diskussion fand das Konzept jedoch erst mit den grossen Schuldenkrisen zahlreicher Entwicklungsländer in den 1990er Jahren. So musste beispielsweise die erste demokratisch gewählte südafrikanische Regierung unter Nelson Mandela Apartheidschulden von über 20 Milliarden US-Dollar übernehmen - wobei die Schweiz nach Deutschland der zweitgrösste Financier des Apartheidregimes gewesen ist.

Trotz seiner zunehmenden Popularität, hat das Konzept der illegitimen Schulden bis heute jedoch keinen direkten Eingang ins Völkerrecht gefunden. Dieses verpflichtet Staaten nach wie vor dazu, die Schulden vorgängiger Regime zu übernehmen – unabhängig davon, auf welche Weise diese entstanden sind. Auch besteht bislang keine klare Definition von Kriterien, nach welchen Schulden als legitim oder illegitim beurteilt werden können.

Entwicklungsorganisationen wie *Brot für alle* sowie zahlreiche Entwicklungsländer fordern deshalb seit Jahrzehnten die Einführung von institutionalisierten Mechanismen in Form von Schiedsgerichten aus Schuldner und Gläubigern, welche fallweise über die Legitimität von Schulden befinden sollen. Damit verbunden ist auch die Forderung, dass Gläubigerländer ihre Mitverantwortung an der Verschuldung gewisser Länder anerkennen, da sie wissentlich Kredite gesprochen haben, die nicht im Interesse der Bevölkerung eingesetzt wurden. Ein machtvoller und gangbarer Weg, um Entwicklungsländer aus der ständig schneller drehenden Schuldenspirale zu befreien.

### **Ecuador als Wegweiser bei der Schuldenbekämpfung**

Ein wegweisender Pionierakt zur Bekämpfung illegitimer Schulden ist in jüngster Zeit dem kleinen südamerikanischen Staat Ecuador gelungen: Eingeleitet wurde dieser im Jahr 2007 mit der Einberufung einer „Kommission für die umfassende Überprüfung der öffentlichen Schulden“. Diese sollte die Legitimität der öffentlichen Schulden untersuchen, welche in den letzten 30 Jahren von verschiedenen Seiten angehäuft worden waren.

Im Laufe ihrer Untersuchungen stellte die Kommission fest, dass zahlreiche Kredite für nie umgesetzte oder fehlgeschlagene Projekte oder für die Aufrüstung aufgenommen worden waren. Weitere dienten der persönlichen Bereicherung der früheren politischen Eliten oder der Korruption. Aufgrund dieser Befunde stellte Ecuador im Jahr 2008 die Zahlung gewisser Schuldzinsen ein. 2009 kaufte die Regierung die Schulden zu einem günstigen Preis zurück mit dem Argument, dass die Geldgeber Kenntnis von der Unrechtmässigkeit der Kredite hatten. Ecuador gelang es auf diese Weise, Schulden von 3.2 Milliarden US-Dollar für einen Betrag von 900 Millionen US-Dollar zurückzukaufen. Damit spart Ecuador jährlich mehr als 300 Millionen US-Dollar Schuldzinsen ein, die nun zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung des Landes und zur Armutsbekämpfung eingesetzt werden können. Dieser Betrag entspricht der Gesamtheit der Entwicklungsgelder, die Ecuador jährlich von Drittländern und internationalen Geldgebern erhält.

### **Norwegen gesteht als erstes Land seine Mitschuld**

Eine Vorreiterrolle spielte in diesem Fall auch Norwegen, welches Ecuador sämtliche Schulden erliess und damit als erstes Land weltweit seine Mitverantwortung als Kreditgeberin trug. Als Norwegens Werftindustrie in den 1970er-Jahren in die Krise geriet, begann das Land, Deals mit Entwicklungsländern abzuschliessen: 21 Staaten, darunter Ecuador, erhielten Kredite, um 156 norwegische Schiffe im Wert von insgesamt 594 Millionen US-Dollar zu kaufen. Bald darauf stiegen die Zinsen an und bereits 1987 mussten 12 Länder einen Zahlungsaufschub beantragen. Hinzu kam, dass auch völlig unerfahrene

norwegische Unternehmen lukrative Aufträge an Land gezogen hatten und Boote bauten, die sich schliesslich als untauglich und teilweise gar lebensgefährlich erwiesen.

### **Chance für eine Entwicklung aus eigener Kraft**

Das Beispiel von Ecuador verdeutlicht, dass der Abbau von Schulden und Schuldzinsen eines der effizientesten Mittel für Länder des Südens ist, sich aus der Spirale von Armut und Verschuldung zu befreien, um ihre wirtschaftliche sowie soziale Entwicklung aus eigener Kraft zu finanzieren. Ecuador ging sogar noch einen Schritt weiter, indem es in der demokratisch abgeseigneten Verfassung von 2008 zahlreiche Kriterien festlegte, welche die Möglichkeiten der Kreditaufnahme durch Staatsangestellte stark einschränken. Ausserdem verbietet die Verfassung die Aufnahme von Krediten zur Rückzahlung alter Schulden sowie Verzugszinsen und beinhaltet eine Warnung an Gläubiger, dass diese im Fall von Kreditvergaben für illegitime Zwecke keinen Anspruch auf eine Rückzahlung anmelden können. Und nicht zuletzt sieht die Verfassung die Einführung eines permanenten Schiedsgerichts vor zur regelmässigen und umfassenden Überprüfung sämtlicher Schulden.

Bereits haben Brasilien, Bolivien und Peru ihr Interesse angemeldet, dem ecuadorianischen Weg zu folgen. Weitere Länder werden mit Sicherheit folgen und damit der Entschuldungsfrage neuen Aufwind verleihen.

---

***Yvan Maillard Ardent** ist Verantwortlicher für internationale Finanzmärkte, Entschuldung und Korruption bei Brot für alle. Die Organisation setzt sich seit Jahrzehnten für die Entschuldung der Länder des Südens ein. Seit 2003 unterstützt Brot für alle den lateinamerikanischen Kirchenrat bei der Lobbyarbeit für die Schaffung von Schiedsgerichten zur Untersuchung illegitimer Schulden. Dieser hat im Fall von Ecuador eine namhafte Rolle gespielt.*

**Kontakt:** maillard@bfa-ppp.ch / 031 380 65 73 / 079 267 01 09

